

Presseinformation zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs nach den Weihnachtsferien in den Bundesländern

Mit ihren Vereinbarungen vom 4.1.2021 wird die KMK ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung nicht gerecht und gefährdet damit nicht nur den Erfolg der mit dem Beschluss der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder sowie der Bundeskanzlerin am 5.1.2021 vereinbarten „Einschneidenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie“, sondern verursacht auch eine ungleiche Vorbereitung auf die Abschlussprüfungen des Schuljahres 2021 in den Ländern.

Die KMK beruft sich auf einen Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 13.12.2020 und den darin enthaltenen Passus, dass für die Abschlussklassen gesonderte Regelungen bezüglich der vereinbarten Schulschließungen vorgesehen werden können. Wie sich jetzt zeigt, haben die Bundesländer extrem unterschiedlichen Gebrauch von diesem Passus gemacht. Neben Ländern, die ihre Schulen auch für die Abschlussklassen vollständig geschlossen halten wie z.B. Bayern und Nordrhein-Westfalen, gibt es Länder, die Abschlussklassen im Wechselunterricht unterrichten wie z.B. Niedersachsen und solche, die einen vollumfänglichen Präsenzunterricht in allen Fächern für alle Schüler*innen nach Stundentafel durchführen wollten wie z.B. Schleswig-Holstein.

Insbesondere den vollumfänglichen Präsenzunterricht in allen Fächern für alle Schüler*innen nach Stundentafel halten wir vor dem Hintergrund der Pandemieentwicklung und der im aktuellen Lockdown gesetzten Prioritäten mit einer Beschränkung der Kontakte auf das absolut notwendige Minimum für äußerst gefährlich.

Vor dem Hintergrund der Mahnungen der Bundeskanzlerin in ihrem Podcast dieses Wochenendes bezüglich des Ernstes der Situation sowie der von Prof. Drosten immer wieder betonten und wissenschaftlich belegten Gefahren, die bei der Infektionsausbreitung von Schulen ausgehen, fordern wir die KMK auf, in Wahrnehmung ihrer Verantwortung nicht nur für gleiche Verhältnisse in allen Bundesländern zu sorgen, sondern dabei auch den gerade jetzt unbedingt notwendigen Schutz vor einer weiteren Ausbreitung der Infektion zu berücksichtigen. Angesichts der Tatsache, dass wir zumindest noch bis zum Frühsommer mit starken Einschränkungen rechnen müssen, sowie der nahezu schon ein Jahr lang andauernden Beeinträchtigungen des Unterrichts an den Schulen fordern wir, in diesem Schuljahr auf die Abschlussprüfungen zum Ersten- und zum Mittleren Schulabschluss zu verzichten und die Abschlüsse ohne Prüfungen auf Basis der Jahresleistung zu erteilen. Die Zeit kann besser genutzt werden, um das Lehren und Lernen zu vertiefen – das gilt nicht nur für Zeiten einer Pandemie.

Für den Bundesvorstand

Dieter Zielinski

Schwentinental, den 12.1.2021